

Tracking-Stock-Modell ist unausgegoren und für die Stadt gefährlich

Auf Drängen der CDU-Fraktion hat sich die Verwaltungsspitze entschlossen, neben dem Verkauf der Stadtwerkeanteile auch Beteiligungen an der städtischen Holding LVV zu privatisieren. Das dabei favorisierte Tracking-Stock-Modell kommt jedoch aufgrund der Bindung der geplanten privaten Beteiligungen an bestimmte Unternehmenseinheiten faktisch einem Anteilsverkauf der Wasserwerke sowie auch der LVB gleich.

Noch im Oberbürgermeisterwahlkampf wurde zumindest ersteres durch Burkhard Jung definitiv ausgeschlossen. Mit den derzeitigen Plänen wird so ein wesentliches Wahlkampfversprechen vorsätzlich gebrochen. Hinzu kommen weitere Unwägbarkeiten im Verfahren. So wird mit diesem Modell die gute kommunale Zusammenarbeit mit den Umkreisgemeinden, die zum Tracking Stock in der LVV nicht einmal informiert sind, aufgekündigt. Darüber hinaus wird genau das Gegenteil von Transparenz der städtischen Unternehmen erreicht, die ursächlich gefordert worden war, da es völlig undurchschaubar und vom Grunde her kaum kontrollierbar ist.

Zusätzliche Probleme wird es zudem beim erzielbaren Verkaufspreis für den angestrebten Anteilsverkauf der Stadtwerke geben. Hier ist eine Wertminderung zu befürchten, da das Verfahren von vornherein finanzkräftige Bieter ausschließt. Von diesen wird verlangt, sich beim Verkauf zum Tracking zu bekennen. Von der CDU-Fraktion wird das offenbar billigend in Kauf genommen..

Das angestrebte Modell steht darüber hinaus gegen die abgeschlossenen Kaufverträge der VNG-Aktien, die eine Beteiligung außerhalb der kommunalen Familie ausschließen. Der Tracking Stock wird aber gerade eine Beteiligung der VNG-Aktien durch private Dritte mit sich bringen. Damit sind Rechtsstreitigkeiten ohne absehbares Ende vorprogrammiert. Eine Herausnahme der VNG-Aktien aus der LVV an die Stadt ist allerdings auch nicht so einfach möglich, weil damit das gesamte Finanzgefüge zusammenbrechen würde.

Der steuerliche Querverbund der LVV wird darüber hinaus in Frage gestellt, der für die Aufrechterhaltung eines preiswerten ÖPNV unabdingbar ist. Ein Blick auf die künftigen Mehrheitsverhältnisse reicht aus, um die berechtigten Bedenken durch das Finanzamt deutlich zu machen. Steuerliche Querverbünde haben ein gemeinsames Handeln aller Beteiligten zu ermöglichen. Vom Grunde muss eine wirtschaftliche Gemeinschaft gegeben sein. Das Tracking-Stock-Modell indes verbietet dies faktisch. Die Stadtwerke würden somit dem Einfluss der LVV entzogen. Analoges gilt für die Wasserwerke und die LVB.

Auch die ins Auge gefassten Mehrheitsverhältnisse sind wenigstens für den steuerlichen Querverbund problematisch. Kommt ein Käufer zwei mal zum Zuge und erwirbt LVV- und SWL-Anteile, so besitzt er letztlich mehr als 50% der SWL. Das ist zwar strittig. Wer hier aber wen beherrscht, bleibt die offene Frage, die das Finanzamt so und so entscheiden kann. Der Tracking Stock gefährdet so bereits in der Planungsphase die Weiterexistenz der LVV und führt zur Verunsicherung von knapp 5000 Beschäftigten.

Ein erklärtes Ziel von Oberbürgermeister Jung ist es, Aufträge für die Leipziger Wirtschaft in der Region zu halten. Aufgrund gültiger EU-Gesetze zur Auftragsvergabe setzt das jedoch voraus, die LVB als auch die Wasserwerke zu 100% im kommunalen Besitz zu halten. Nach einem Verkauf an private Anteilseigner jedoch müssen dabei zukünftig EU-weite Ausschreibungen vorgenommen werden. Das Modell des Tracking Stock gefährdet somit Arbeitsplätze in Leipzig und im Umland in bislang unbekanntem Größenmaßstab.

Bislang gibt es EU-weit kein Tracking-Stock-Modell, das in der von Oberbürgermeister Jung eingerührten Form funktioniert. Selbst einfache Tracking-Stock-Modelle in Deutschland funktionieren bei etwas größeren Einheiten als in Görlitz nicht. Hier kommt es immer wieder zu den Kompetenzstreitigkeiten, um die Auslegung der Verträge. Die davon betroffenen Unternehmen werden paralysiert.

Leipzig hat es nicht verdient, zur Spielwiese von Rechtsanwälten und Steuerberatern auf Kosten der Leipzigerinnen und Leipziger zu werden.

Reiner Engelmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender